EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004 *2009*

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

15.11.2007 PE398.283v01-00

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1-119

Entwurf eines Entschließungsantrags (PE396.533v01-00)
Jean-Marie Cavada
eingereicht im Anschluss an die Anfragen zur mündlichen Beantwortung B6-0139/2007, B6-0313/2007 und B6-0314/2007

Änderungsantrag von Claudio Fava, Stavros Lambrinidis, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 1
Bezugsvermerk 1 a (neu)

1a. - unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates in Brüssel vom 25./26. März 2004 und besonders die Erklärung des Europäischen Rates vom 25. März 2004 zur Bekämpfung des Terrorismus, die eine Solidaritätsklausel enthält,

Or. en

Änderungsantrag von Claudio Fava, Stavros Lambrinidis, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 2
Bezugsvermerk 1 b (neu)

1b. - unter Hinweis auf den Bericht mit dem Titel 'Alliance of Civilisations' (Allianz der Zivilisationen), der dem UN-Generalsekretär am 13. November 2006 vorgelegt wurde,

Or. en

Änderungsantrag von Claudio Fava, Stavros Lambrinidis, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 3
Bezugsvermerk 1 c (neu)

1c. ***- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 14. Februar 2007 zur angeblichen Nutzung europäischer Staaten durch die CIA für die Beförderung und das rechtwidrige Festhalten von Gefangenen,***

Or. en

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 4
Erwägung -A a (neu)

-Aa. ***Der Terrorismus stellt eine Bedrohung der Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union dar und muss deshalb rigoros und unter sorgfältigster Achtung der Grundrechte bekämpft werden. Die Bekämpfung des Terrorismus und die Achtung der Grundrechte werden als miteinander vereinbare Realitäten angesehen.***

Or. es

Änderungsantrag von Mario Borghezio

Änderungsantrag 5
Erwägung A a (neu)

Aa. ***besorgt über die vor kurzem erfolgte Gründung von „Al-Qaida im islamischen Maghreb", deren terroristische Aktivität sich ausdrücklich gegen europäische Bürger und Interessen in der Region richtet,***

Or. it

Änderungsantrag von Sylvia-Yvonne Kaufmann

Änderungsantrag 6
Erwägung A Spiegelstrich 2 a (neu)

2a. erinnert den Rat an seine Zusagen gegenüber dem Europäischen Parlament und fordert ihn auf, endlich den Rahmenbeschluss über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden und den Rahmenbeschluss über bestimmte Verfahrensrechte in Strafverfahren innerhalb der Europäischen Union anzunehmen, bevor er weitere Maßnahmen im Rahmen der Terrorbekämpfung erlässt;

Or. de

Änderungsantrag von Claudio Fava, Stavros Lambrinidis, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 7
Erwägung A Spiegelstrich 2

– Die EU hat großes Interesse daran, ***(Streichung)*** nach den ***(Streichung) Anschlägen vom*** 11. September 2001***, 11. März 2004 und 7. Juli 2005*** und zu einer Zeit, zu der die terroristische Bedrohung globale Ausmaße angenommen hat und daher eine globale Antwort erfordert, die Errungenschaften***, Grenzen*** und Perspektiven der Antiterror-Politik der EU einer Bewertung zu unterziehen.

Or. en

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 8
Erwägung A Spiegelstrich 2

– Die EU ***ist entschlossen***, sechs Jahre nach den tragischen Ereignissen des 11. September 2001 und zu einer Zeit, zu der die terroristische Bedrohung globale Ausmaße angenommen hat und daher eine globale Antwort erfordert, die Errungenschaften und Perspektiven der Antiterror-Politik der EU einer Bewertung zu unterziehen.

Or. it

Änderungsantrag von Claudio Fava, Stavros Lambrinidis, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 9
Erwägung A Spiegelstrich 3 a (neu)

– ***Jede Einschränkung der Grundrechte und Grundfreiheiten zum Zwecke der Terrorismusbekämpfung in einer demokratischen Gesellschaft muss in ihrer Dauer und ihrem Umfang begrenzt, rechtsgültig, einer, umfassenden demokratischen und gerichtlichen Kontrolle unterworfen sowie notwendig und verhältnismäßig sein.***

Or. en

Änderungsantrag von Claudio Fava, Stavros Lambrinidis, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 10
Erwägung A Spiegelstrich 4

entfällt

Or. en

Änderungsantrag von Mario Borghezio

Änderungsantrag 11
Erwägung A b (neu)

Ab. ***unter Hinweis auf die Anwerbungs- und Propagandakampagne des islamischen Radikalismus innerhalb der Europäischen Union,***

Or. it

Änderungsantrag von Sylvia-Yvonne Kaufmann

Änderungsantrag 12
Punkt A Spiegelstrich 3

– Die Europäische Union ist entschlossen, den Terrorismus in allen seinen Dimensionen zu bekämpfen, unabhängig davon, ob er innerhalb oder außerhalb ihrer Grenzen entsteht oder agiert. Sie respektiert dabei jedoch die durch das Prinzip der

Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte vorgegebenen Grenzen. ***Besonders im Kampf gegen den Terror darf es keine grundrechtsfreien Räume geben.***

Or. de

Änderungsantrag von Sylvia-Yvonne Kaufmann

Änderungsantrag 13
Punkt A Spiegelstrich 4

entfällt

Or. de

Änderungsantrag von Kathalijne Maria Buitenweg

Änderungsantrag 14
Punkt A Spiegelstrich 4

entfällt

Or. de

Änderungsantrag von Mario Borghezio

Änderungsantrag 15
Erwägung A Spiegelstrich 4

– Sollten die europäischen und einzelstaatlichen Institutionen in außerordentlichen Fällen gezwungen sein, die Ausübung einiger Grundrechte für begrenzte Zeit einzuschränken, sollte der entsprechende Beschluss rechtsgültig und unter umfassender demokratischer Kontrolle und innerhalb der striktesten Grenzen gefasst werden, die in einer demokratischen Gesellschaft zulässig sind ***(Streichung)***,

Or. it

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 16
Erwägung A Spiegelstrich 4

– ***Sollten*** die europäischen und einzelstaatlichen Institutionen in außerordentlichen Fällen gezwungen sein, die Ausübung einiger Grundrechte für begrenzte Zeit einzuschränken, sollte der entsprechende Beschluss rechtsgültig und unter umfassender demokratischer Kontrolle und innerhalb der striktesten Grenzen *des in einer demokratischen Gesellschaft Zulässigen* gefasst werden ***(Streichung).***

Or. es

Änderungsantrag von Alexander Alvaro

Änderungsantrag 17
Erwägung A Spiegelstrich 4

– Sollten die europäischen und einzelstaatlichen Institutionen in außerordentlichen Fällen gezwungen sein, die Ausübung einiger Grundrechte für begrenzte Zeit einzuschränken, sollte der entsprechende Beschluss rechtsgültig und unter umfassender demokratischer Kontrolle und innerhalb der striktesten Grenzen ***und mittels eines Verfallsdatums eindeutig zeitlich begrenzt*** gefasst werden, die in einer demokratischen Gesellschaft zulässig sind, wobei das Entstehen jedweder Form der Überwachungsgesellschaft oder eine Übertragung von Entscheidungen, die für die Bürgerinnen und Bürger auf nationaler Ebene inakzeptabel wären, auf die europäische Ebene ausgeschlossen werden muss,

Or. de

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 18
Erwägung A Spiegelstrich 4

– Sollten die europäischen und einzelstaatlichen Institutionen in außerordentlichen Fällen gezwungen sein, die Ausübung einiger Grundrechte für begrenzte Zeit einzuschränken, sollte der entsprechende Beschluss rechtsgültig und unter umfassender demokratischer Kontrolle und innerhalb der striktesten Grenzen ***des in einer demokratischen Gesellschaft Zulässigen*** gefasst werden, ***(Streichung)***

Or. en

Änderungsantrag von Mihael Brejc

Änderungsantrag 19
Erwägung A Spiegelstrich 5 (neu)

– ***Es ist klar, dass sich der Terrorismus zwar nicht ausrotten, aber die Terrorgefahr verringern lässt, indem die Behebung seiner Ursachen in Angriff genommen wird.***

Or. sl

Änderungsantrag von Claudio Fava, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 20
Erwägung B

entfällt

Or. en

Änderungsantrag von Kathalijne Maria Buitenweg

Änderungsantrag 21
Erwägung B a (neu)

Ba. im Bedauern darüber, dass die Europäischen Institutionen auf den außerordentlichen Druck infolge der Terroranschläge reagiert haben, indem sie Rechtsakte angenommen haben, die nicht ausreichend mit dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten erörtert wurden und gegen das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren, Datenschutzbestimmungen und das Recht auf den Zugang zu Dokumenten der Europäischen Institutionen, die im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung stehen, verstoßen, und folglich zu Recht vom Europäischen Gerichtshof für ungültig erklärt wurden,

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 22
Erwägung B

B. ***in großer Sorge darüber, dass im Namen der Sicherheit eine schrittweise Aufweichung von bürgerlichen Rechten und Freiheiten, Menschenrechten und des Rechtsstaatlichkeitsprinzip im Gange ist;*** im Bedauern darüber, dass die europäischen Institutionen als Reaktion auf die Terrorangriffe und den daraus resultierenden außerordentlich starken öffentlichen Druck Rechtsvorschriften angenommen haben, die vom Gerichtshof für ungültig erklärt wurden, weil sie gegen das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren, Datenschutzbestimmungen oder das Recht auf den Zugang zu Dokumenten der europäischen Institutionen, die in Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung stehen, verstoßen,

Or. en

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 23
Erwägung B

B. ***in der Erwägung,*** dass ***der Rat*** als Reaktion auf die Terrorangriffe und den daraus resultierenden außerordentlich starken öffentlichen Druck Rechtsvorschriften angenommen ***hat***, die ***später*** vom Gerichtshof für ungültig erklärt wurden, weil sie ***grundlegende Verfahrensrechte, das Recht auf Datenschutz*** oder auf den Zugang zu Dokumenten der europäischen Institutionen, die in Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung stehen, ***verletzen***,

Or. es

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 24
Erwägung B a (neu)

Ba. eingedenk der Opfer des Terrorismus und ihrer leidvollen Erfahrungen und in der Erwägung, dass sich die EU besonders für ihre Rechte einsetzen und den Maßnahmen für ihren Schutz und ihre Anerkennung Vorrang geben sollte; in dem Bewusstsein, dass die Macht der Terroristen in dem Maße schwindet, in dem die Opfer zu Wort kommen und die Gesellschaft ihnen Gehör schenkt,

Or. es

Änderungsantrag von Sarah Ludford

Änderungsantrag 25
Erwägung B

B. im Bedauern darüber, dass die europäischen Institutionen als Reaktion auf die Terrorangriffe und den daraus resultierenden außerordentlich starken öffentlichen Druck Rechtsvorschriften angenommen haben, die vom Gerichtshof für ungültig erklärt wurden, weil sie gegen das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren, Datenschutzbestimmungen oder das Recht auf den Zugang zu Dokumenten der europäischen Institutionen, die in Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung stehen, verstoßen***; ferner im Bedauern darüber, dass einige Mitgliedstaaten als Reaktion auf die Ereignisse des 11. September außerordentliche Auslieferungen an Drittstaaten, in denen Folter praktiziert wird, zugelassen haben, und einige dieser Staaten es sogar zugelassen haben, dass in ihrem Hoheitsgebiet Verhöre durchgeführt wurden, bei denen Folter eingesetzt wurde,***

Or. en

Änderungsantrag von Sarah Ludford

Änderungsantrag 26
Erwägung B

B. im Bedauern darüber, dass die europäischen Institutionen als Reaktion auf die Terrorangriffe und den daraus resultierenden außerordentlich starken öffentlichen Druck Rechtsvorschriften angenommen haben, die vom Gerichtshof für ungültig erklärt wurden, weil sie gegen das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren, Datenschutzbestimmungen oder das Recht auf den Zugang zu Dokumenten der europäischen Institutionen, die in Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung stehen, verstoßen***; in der Überzeugung, dass der Kampf gegen den Terrorismus nicht zur Stigmatisierung bestimmter Gruppen innerhalb unserer Gesellschaft führen darf,***

Or. en

Änderungsantrag von Sarah Ludford

Änderungsantrag 27
Erwägung C

C. ***besorgt über die weitreichenden Konsequenzen des Einsatzes umfassender Datenbanken für Einwanderung und Asyl auf EU-Ebene bei der Terrorismusbekämpfung und besonders darüber, dass den Polizei- und Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und Europol bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Zusammenhang mit der Prävention, Aufdeckung und Untersuchung terroristischer und sonstiger schwerwiegender Straftaten unter bestimmten***

Voraussetzungen Zugang zu Eurodac gewährt werden soll, wie in den Schlussfolgerungen des Rates Justiz und innere Angelegenheiten vom Juni 2007 gefordert,

Or. en

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 28
Erwägung C

C. im Bewusstsein das Tatsache, dass die Bekämpfung des Terrorismus eine sehr komplexe Angelegenheit ist und mehr denn je eine *mehrdimensionale* und ***fachübergreifende*** Vorgehensweise erfordert, wie sie auf internationaler Ebene bereits konzipiert wurde

Or. it

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 29
Erwägung C Spiegelstrich 2

– sowie vom Europäischen Rat, der im Dezember 2005 seine Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus[1] angenommen hat ***(Streichung)***,

Or. es

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 30
Erwägung C Spiegelstrich 2 a (neu)

– ***Vorlage des Gesetzgebungspakets zur Terrorismusbekämpfung durch die Kommission am 6. November 2007,***

Or. en

[1] Siehe: http://register.consilium.eu.int/pdf/en/05/st14/st14469-re04.en05.pdf.

Änderungsantrag von Alexander Alvaro

Änderungsantrag 31
Erwägung D

D. in der Erwägung, dass jeder einzelne Aspekt der europäischen Strategie – Prävention, Schutz, Verfolgung und Reaktion – die umfassende Beteiligung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente verlangt, die ***durch alle zwei Jahre vorzunehmende Evaluierung der Europäischen Kommission*** umfassend und regelmäßig informiert und in die Lage versetzt werden sollten, die realen Auswirkungen der ergriffenen Maßnahmen, die tatsächlichen Kosten der Initiativen sowie die Frage zu prüfen, ob die ursprünglichen Ziele erreicht wurden,

Or. de

Änderungsantrag von Stavros Lambrinidis, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 32
Erwägung D

D. in der Erwägung, dass jeder einzelne Aspekt der europäischen Strategie – Prävention, Schutz, Verfolgung und Reaktion – die umfassende Beteiligung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente verlangt, die umfassend und regelmäßig informiert und in die Lage versetzt werden sollten, die ***praktische Wirksamkeit*** der ergriffenen Maßnahmen ***(Streichung) sowie ihre Auswirkungen auf grundlegende Bürgerrechte*** zu prüfen***;***

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 33
Erwägung E

E. im Bedauern darüber, dass, wie die Debatte im Jahr 2007 deutlich gezeigt hat, ein erheblicher Mangel an ***(Streichung) Transparenz, demokratischer Kontrolle und Rechenschaftspflicht sowie juristischer Überprüfung*** festzustellen ist und dass die europäischen Organe und Einrichtungen wie Europol und Eurojust gerade erst damit begonnen haben, die für ihre Tätigkeit benötigten Informationen in systematischerer Art und Weise zu sammeln,

Or. en

Änderungsantrag von Claudio Fava, Stavros Lambrinidis, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 34
Erwägung E

E. im Bedauern darüber, dass ***(Streichung)*** ein erheblicher Mangel an Informationen dieser Art festzustellen ist und dass die europäischen Organe und Einrichtungen wie Europol und Eurojust gerade erst damit begonnen haben, die für ihre Tätigkeit benötigten Informationen in systematischerer Art und Weise zu sammeln,

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 35
Erwägung E a (neu)

Ea. zutiefst besorgt über die Tendenz, neue und uneingeschränkte Befugnisse für die Regierungen zu schaffen, die keiner Kontrolle unterliegen und nicht einhergehen mit den notwendigen rechtlichen Garantien, die die Bürger vor Missbrauch und Irrtümern schützen;

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 36
Erwägung E b (neu)

Eb. empört über die Weigerung der europäischen Regierungen und des Rates, zu den Vorwürfen des Machtmissbrauchs unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung Stellung zu nehmen, besonders im Fall außerordentlicher Auslieferungen und sogenannte „Black Sites“ unter Federführung der CIA,

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 37
Erwägung E c (neu)

Ec. in der Erwägung, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Nachrichten- und Sicherheitsdiensten einer eingehenderen und systematischeren Kontrolle unterliegen muss,

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 38
Erwägung E d (neu)

Ed. tief besorgt über die Tendenz zur Zweckentfremdung vieler Maßnahmen, die im Namen der Terrorismusbekämpfung eingeführt wurden, in der Praxis aber für eine ganze Reihe anderer Zwecke benutzt werden,

Or. en

Änderungsantrag von Ioannis Varvitsiotis

Änderungsantrag 39
Erwägung E a (neu)

Ea. begrüßt nachdrücklich die Annahme des Reformvertrags und fordert die Mitgliedstaaten auf, den Vertrag zu ratifizieren, da damit die Charta der Grundrechte, die die notwendige Ergänzung der europäischen Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus darstellt, verbindlich wird;

Or. el

Änderungsantrag von Sylvia-Yvonne Kaufmann

Änderungsantrag 40
Erwägung F

F. daran erinnernd, dass die Reform der Verträge es in den nächsten beiden Jahren möglich machen wird, die Rolle der Europäischen Union bei der Bekämpfung von Terroristen und ihre Verantwortlichkeit klarer zu definieren, die Solidarität der Mitgliedstaaten zu stärken und das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente in die Bewertung der den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts betreffenden Politiken einzubeziehen; im Bedauern darüber, dass es für diese Politiken

für einen Zeitraum von fünf Jahren ***für diejenigen Rechtsakte, die vor Inkrafttreten des Reformvertrages angenommen worden sind,*** keine umfassende justizielle Kontrolle auf europäischer Ebene geben wird ***(Streichung),***

Or. de

Änderungsantrag von Claudio Fava, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag41
Erwägung F

F. daran erinnernd, dass die Reform der Verträge es ***(Streichung)*** möglich machen ***sollte***, die Rolle der Europäischen Union bei der Bekämpfung ***des Terrorismus*** und ihre Verantwortlichkeit klarer zu definieren, die Solidarität der Mitgliedstaaten zu stärken und das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente in die Bewertung der den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts betreffenden Politiken einzubeziehen[1]; im Bedauern darüber, dass es für diese Politiken für einen Zeitraum von fünf Jahren keine umfassende justizielle Kontrolle auf europäischer Ebene geben wird (***Streichung)***,

Or. en

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 42
Erwägung F

F. daran erinnernd, dass die Reform der Verträge es in den nächsten beiden Jahren möglich machen wird, die Rolle der Europäischen Union bei der Bekämpfung von Terroristen und ihre Verantwortlichkeit klarer zu definieren, die Solidarität der Mitgliedstaaten zu stärken und das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente in die Bewertung der den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts betreffenden Politiken einzubeziehen[2]; im Bedauern darüber, dass es für diese Politiken ***(Streichung)*** keine umfassende justizielle Kontrolle auf europäischer Ebene geben wird ***(Streichung)***,

Or. es

[1] Im Entwurf eines Vertrags zur Änderung des EU-Vertrags und des EG-Vertrags wird Terrorismus unter Verteidigungspolitik (Artikel 28) und anderen Politikbereichen (Kriminalität, Artikel 67a, Europol, Artikel 69k) behandelt; siehe: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/cg00001re01en.pdf.
[2] Im Entwurf eines Vertrags zur Änderung des EU-Vertrags und des EG-Vertrags wird Terrorismus unter Verteidigungspolitik (Artikel 28) und anderen Politikbereichen (Kriminalität, Artikel 67a, Europol, Artikel 69k) behandelt; siehe: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/cg00001re01en.pdf.

Änderungsantrag von Kathalijne Maria Buitenweg

Änderungsantrag 43
Erwägung F

F. daran erinnernd, dass die Reform der Verträge es in den nächsten beiden Jahren möglich machen wird, die Rolle der Europäischen Union bei der Bekämpfung von Terroristen und ihre Verantwortlichkeit klarer zu definieren, die Solidarität der Mitgliedstaaten zu stärken und das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente in die Bewertung der den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts betreffenden Politiken einzubeziehen[1]; im Bedauern darüber, dass es für diese Politiken ***(Streichung)*** keine umfassende justizielle Kontrolle auf europäischer Ebene geben wird ***(Streichung)***,

Or. en

Änderungsantrag von Mihael Brejc

Änderungsantrag 44
Erwägung F a (neu)

Fa. unter Hinweis darauf, dass in der europäischen Strategie zur Terrorismusbekämpfung den Ursachen des Terrorismus und der Rolle, die die Europäische Union dabei spielt, erheblich mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muss,

Or. sl

Änderungsantrag von Alexander Alvaro

Änderungsantrag 45
Ziffer 1 a (neu)

1a. ist ferner davon überzeugt, dass ein wesentlicher Baustein zur Verhinderung des Terrorismus in einer Entwicklungshilfepolitik der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten liegt, die sich auch als Sicherheitspolitik begreift. Das Fördern von Zivilgesellschaften und der Beitrag zur Förderung des sozialen Friedens und Wohlstandes ist geeignet, Menschen Perspektiven aufzuzeigen und die Verbreitung fundamentalistischer Ideologien zu begrenzen. Deswegen ist es notwendig, im Rahmen der Entwicklungshilfepolitik deutlich stärker als bisher den Aufbau u.a.

[1] Im Entwurf eines Vertrags zur Änderung des EU-Vertrags und des EG-Vertrags wird Terrorismus unter Verteidigungspolitik (Artikel 28) und anderen Politikbereichen (Kriminalität, Artikel 67a, Europol, Artikel 69k) behandelt; siehe: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/cg00001re01en.pdf.

von Bildungs-, Gesundheits- und sozialen Sicherungssystemen in den Ländern, die vermehrt als Ursprungsländer terroristischer Aktivitäten identifiziert worden sind, voranzubringen.

Or. de

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 46
Ziffer 1

1. vertritt die Ansicht, dass eine Methode, mit der verhindert werden kann, dass Menschen sich dem Terrorismus zuwenden, darin besteht, die Faktoren oder die tiefer liegenden Ursachen anzugehen, die zur Radikalisierung und Rekrutierung führen, ***und Demokratie und Menschenrechte als die unserer Gesellschaft zugrunde liegenden Werte zu fördern, (Streichung)*** politische Ausgrenzung ***zu*** vermeiden und den Radikalisierungsprozess ***zu*** bekämpfen ***(Streichung)***; vertritt ferner die Ansicht, dass die europäischen Institutionen in diesem Zusammenhang bewährte Verfahren und ihre Verbreitung innerhalb der EU fördern sollten und weist darauf hin, dass das Europäische Parlament in Kürze unter Berücksichtigung der Beiträge des Rates und der Kommission diesbezügliche Empfehlungen abgeben wird;

Or. en

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 47
Ziffer 1

1. vertritt die Ansicht, dass eine Methode, mit der verhindert werden kann, dass Menschen sich dem Terrorismus zuwenden, darin besteht, die Faktoren oder die tiefer liegenden Ursachen anzugehen, die zur Radikalisierung und Rekrutierung führen, und dass dies vornehmlich die Aufgabe lokaler, regionaler und nationaler Gemeinschaften ist, die die Integration der Bürger durch einen interkulturellen Dialog fördern, politische Ausgrenzung vermeiden und den Radikalisierungsprozess bekämpfen sollten; ***hält es für notwendig, Verhaltensweisen, die einer gewalttätigen Radikalisierung Vorschub leisten können, rigoros zu verfolgen;*** vertritt ferner die Ansicht, dass die europäischen Institutionen in diesem Zusammenhang bewährte Verfahren und ihre Verbreitung innerhalb der EU fördern sollten und weist darauf hin, dass das Europäische Parlament in Kürze unter Berücksichtigung der Beiträge des Rates und der Kommission diesbezügliche Empfehlungen abgeben wird;

Or. es

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 48
Ziffer 1

1. vertritt die Ansicht, dass eine Methode, mit der verhindert werden kann, dass Menschen sich dem Terrorismus zuwenden, darin besteht, die Faktoren ***(Streichung)*** anzugehen, die zur Radikalisierung und Rekrutierung führen, und dass dies vornehmlich die Aufgabe lokaler, regionaler und nationaler Gemeinschaften ist, die die Integration der Bürger durch einen interkulturellen Dialog fördern, politische Ausgrenzung vermeiden und den Radikalisierungsprozess bekämpfen sollten; ***hält es für notwendig, Verhaltensweisen, die einer gewalttätigen Radikalisierung Vorschub leisten können, rigoros zu verfolgen;*** vertritt ferner die Ansicht, dass die europäischen Institutionen in diesem Zusammenhang bewährte Verfahren und ihre Verbreitung innerhalb der EU fördern sollten und weist darauf hin, dass das Europäische Parlament in Kürze unter Berücksichtigung der Beiträge des Rates und der Kommission diesbezügliche Empfehlungen abgeben wird;

Or. es

Änderungsantrag von Claudio Fava, Stavros Lambrinidis, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 49
Ziffer 1

1. vertritt die Ansicht, dass ***(Streichung) die EU auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene Maßnahmen unterstützen sollte, die gewalttätige Radikalisierung verhindern, indem*** die Integration der Bürger durch einen interkulturellen Dialog ***gefördert und*** politische Ausgrenzung ***vermieden wird (Streichung)***;

Or. en

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 50
Ziffer 1 a (neu)

1a. begrüßt das neue Gesetzgebungspaket zur Terrorismusbekämpfung, das von der Kommission am 6. November 2007 vorgelegt wurde, und besonders den Vorschlag zur Änderung des Rahmensbeschlusses 2002/475/JI;

Or. es

Änderungsantrag von Claudio Fava, Stavros Lambrinidis, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 51
Ziffer 1 a (neu)

1a. hält es in diesem Sinne für wünschenswert, dass die Europäische Union bewährte Methoden und ihre Verbreitung innerhalb der EU fördert, und stellt fest, dass das Europäische Parlament in Kürze diesbezügliche Empfehlungen unter Berücksichtigung der Beiträge des Rates und der Kommission vorlegen wird;

Or. en

Änderungsantrag von Kathalijne Maria Buitenweg

Änderungsantrag 52
Ziffer 1 a (neu)

1a. vertritt die Ansicht, dass Fälle wie die kürzliche Weigerung des Obersten Gerichtshofs der USA, sich mit der Beschwerde im Fall Khalid Al-Masri zu befassen, besonders bei muslimischen Minderheiten in Europa den Eindruck verstärken, dass bei den Anti-Terror-Maßnahmen mit zweierlei Maß gemessen wird; fordert deshalb die Europäische Union auf, sich entschiedener, im Inneren wie auch im internationalen Kontext, dafür einzusetzen, dass das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit gewahrt wird, besonders indem sie ihre eigenen Bürger bei der Strafverfolgung in Drittstaaten, von der Bürger mit muslimischem Hintergrund unverhältnismäßig oft betroffen sind, verteidigt;

Or. en

Änderungsantrag von Claudio Fava, Stavros Lambrinidis, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 53
Ziffer 1 b (neu)

1b. vertritt die Ansicht, dass die Verhütung des Terrorismus eine Außenpolitik der EU verlangt, die sich für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte sowohl in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft als auch darüber hinaus einsetzt;

Or. en

Änderungsantrag von Claudio Fava, Stavros Lambrinidis, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 54
Ziffer 1 c (neu)

1c. betont die Bedeutung der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit auf EU-Ebene, besonders was den Austausch von Informationen und Analysen anbelangt, und fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Zusammenarbeit mit der Koordinierung und Unterstützung von Europol zu verstärken;

Or. en

Änderungsantrag von Claudio Fava, Stavros Lambrinidis, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 55
Ziffer 1 d (neu)

1d. vertritt die Ansicht, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten, um die Wirksamkeit der EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung zu vergrößern, ein ständiges Netz für den Informationsaustausch zwischen den europäischen zentralen Stellen zur Terrorismusbekämpfung einrichten sollten;

Or. en

Änderungsantrag von Claudio Fava, Stavros Lambrinidis, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 56
Ziffer 1 e (neu)

1e. betont die Notwendigkeit, nachrichtendienstliche Erkenntnisse sowohl auf EU-Ebene als auch zwischen den Diensten der Mitgliedstaaten auszutauschen und auf EU-Ebene einheitliche Bestimmungen zu schaffen, um die notwendige demokratische und parlamentarische Prüfung und Kontrolle zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag von Alexander Alvaro, Jeanine Hennis-Plasschaert

Änderungsantrag 57
Ziffer -2

-2. ***Streichung des Spiegelstrichs***

Or. de

Änderungsantrag von Claudio Fava, Stavros Lambrinidis, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 58
Ziffer -2 a (neu)

-2a. betont die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Drittstaaten bei der Prävention und Bekämpfung des Terrorismus und betont, dass die USA auf diesem Gebiet ein wichtiger Partner sind; vertritt die Ansicht, dass zwischen der EU und den USA im Rahmen eines internationalen Abkommens ein gemeinsamer rechtlicher Rahmen für die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit und den Schutz der Grundrechte, besonders persönlicher Daten, vereinbart werden sollte, der eine ausreichende demokratische und parlamentarische Kontrolle auf nationaler und EU-Ebene sicherstellt;

Or. en

Änderungsantrag von Claudio Fava, Stavros Lambrinidis, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 59
Ziffer 2 Buchstabe a Spiegelstrich 1

– ein Frühwarnsystem für Naturkatastrophen oder von Menschen herbeigeführte Katastrophen, das ***auch auf den nationalen Sicherheitssystemen aufbaut und*** 7 Tage in der Woche und 24 Stunden am Tag funktionsfähig ist,

Or. en

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 60
Ziffer 2 Buchstabe a Spiegelstrich 2

- ***eine Karte der kritischen und strategischen*** Infrastrukturen und Netze

Or. it

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 61
Ziffer 2 Buchstabe b

b) die Vorhaben im Rahmen von Schengen II/VIS voranbringt und gewährleistet, dass die Bewegungs- und Handlungsfreiheit normaler Bürgerinnen und Bürger dadurch möglichst wenig eingeschränkt wird; ***(Streichung) begrüßt (Streichung)*** die Techniken der Datendurchsuchung beim Normalbürger, wie *das PNR-System (Erfassung von Flugpassagierdaten)* ***(Streichung) unter der Voraussetzung, dass*** eine umfassende richterliche Überprüfung auf europäischer Ebene gewährleistet ist;

Or. es

Änderungsantrag von Claudio Fava, Stavros Lambrinidis, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 62
Ziffer 2 Buchstabe b

b. ***die Datenbanken im Rahmen von SIS II und VIS voll funktionsfähig machen, wozu auch Bestimmungen über den Zugang der Strafverfolgungsbehörden gehören; erinnert daran, dass diese Datenbanken nicht primär dem Zweck der Strafverfolgung dienen und dass der Zugang zum Zwecke der Strafverfolgung deshalb auf konkrete Fälle beschränkt wurde, wo dies in einer demokratischen Gesellschaft notwendig und verhältnismäßig ist;*** vertritt die Ansicht, dass ***die massenhafte Erhebung persönlicher Daten und die Verarbeitung von Daten zur Erstellung von Profilen durch*** Techniken der Datendurchsuchung***, wie im jüngsten Vorschlag für eine Richtlinie über ein PNR-System der EU vorgesehen,*** auf europäischer Ebene ***nicht zulässig ist (Streichung)***;

Or. en

Änderungsantrag von Stavros Lambrinidis

Änderungsantrag 63
Ziffer 2 Buchstabe b a (neu)

ba) betont, dass eine Überwachung des Internet, um Terroranschläge zu verhindern, unter keinen Umständen eine Einschränkung freier Meinungsäußerungen beinhalten darf, die nicht zu terroristischen Akten aufrufen und bei denen davon auszugehen ist, dass sie für sich genommen nicht zu solchen Handlungen führen;

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 64
Ziffer 2

2. stellt fest, dass es, um die Bürger***, die Grundrechte, die Menschenrechte, die Demokratie*** und die Infrastruktur zu schützen und die EU weniger anfällig für Terrorangriffe zu machen, auch durch eine Verbesserung der Sicherheit der Grenzen, des Verkehrs und wichtiger Infrastruktureinrichtungen, von entscheidender Bedeutung ist, dass die EU ***Meinungsäußerungen beinhalten darf, die keine Aufrufe zu terroristischen Akten beinhalten bzw. bei denen davon auszugehen ist, dass sie solche Handlungen nicht nach sich ziehen;***

Or. en

Änderungsantrag von Sarah Ludford

Änderungsantrag 65
Ziffer 2 Buchstabe a a (neu)

2a. ***weist darauf hin, dass der hauptsächliche Zweck von Eurodac als Datenbank der ersten Säule darin besteht, die Durchführung der Dublin-II-Verordnung zur Bestimmung des für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständigen Mitgliedstaats zu fördern, und dass jeder Vorschlag, Eurodac zu einem Instrument zu machen, das Sicherheitsmaßnahmen und Strafermittlungszwecken dient, gemäß dem EU-Recht und internationalem Recht kaum zulässig wäre;***

Or. en

Änderungsantrag von Kathalijne Maria Buitenweg

Änderungsantrag 66
Ziffer 2 Punkt a dritter Spiegelstrich

– ***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag von Mihael Brejc

Änderungsantrag 67
Ziffer 2 Buchstabe a Spiegelstrich 3a (neu)

– ***und ein System für den Informationsaustausch unter den Mitgliedstaaten nach dem Grundsatz der Verfügbarkeit***

Or. sl

Änderungsantrag von Mario Borghezio

Änderungsantrag 68
Ziffer 2 Buchstabe b

b) die Vorhaben im Rahmen von Schengen II/VIS voranbringt und gewährleistet, dass die Bewegungs- und Handlungsfreiheit normaler Bürgerinnen und Bürger dadurch möglichst wenig eingeschränkt wird ***(Streichung)***;

Or. it

Änderungsantrag von Jeanine Hennis-Plasschaert
Änderungsantrag 69
Ziffer 2 Buchstabe a Spiegelstrich 2

- Plan kritischer Infrastrukturen und Netze ***unter Berücksichtigung der zukünftigen EU-Richtlinie über die Ermittlung und Ausweisung kritischer europäischer Infrastrukturen und die Bewertung der Notwendigkeit, ihren Schutz zu verbessern,***

Or. en

Änderungsantrag von Sarah Ludford

Änderungsantrag 70
Ziffer 2 Buchstabe b (neu)

2b. ***stellt mit Besorgnis fest, dass der Zugang von Strafverfolgungsbehörden und Europol zur Eurodac-Datenbank zur Stigmatisierung, Diskriminierung und möglichen Gefährdung von Asylbewerbern führen könnte, und verweist in diesem Zusammenhang auf das „Rasterfahndungsurteil“ des deutschen Bundesverfassungsgerichts von 2006, wonach die Praxis des Daten-„Profiling“ durch die deutsche Polizei u.a. wegen des Risikos der Stigmatisierung verfassungswidrig ist;***

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 71
Ziffer 2 Buchstabe b

2b. die Vorhaben im Rahmen von Schengen II/VIS voranbringt und gewährleistet, dass die Bewegungs- und Handlungsfreiheit normaler Bürgerinnen und Bürger dadurch möglichst wenig eingeschränkt wird ***(Streichung)***;

Or. en

Änderungsantrag von Alexander Alvaro

Änderungsantrag 72
Ziffer 2 Buchstabe c (neu)

2c. durch ihre Mitgliedstaaten die Arbeit der Nachrichtendienste besser koordiniert und darauf hinwirkt, dass bestehende Hindernisse. die dem Austausch gewonnener Erkenntnisse im Wege stehen, wie z.B. mangelndes Vertrauen zügig abgebaut werden, da einzelne Wissensinseln und die informationelle Abschottung nationaler Nachrichtendienste dem gemeinschaftlichen Ansatz in der Terrorismusbekämpfung widersprechen,

Or. de

Änderungsantrag von Mihael Brejc

Änderungsantrag 73
Ziffer 2 Buchstabe c (neu)

c) die Rechtsvorschriften zur Terrorismusbekämpfung strafft und sie klarer, übersichtlicher und besser anwendbar gestaltet,

Or. sl

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 74
Ziffer 2 Buchstabe c (neu)

c) vertritt die Ansicht, dass jede Form des „Profiling“ im Rahmen von Antiterrormaßnahmen unannehmbar ist und hält es für unannehmbar, dass die EU das Projekt eines eigenen PNR-Systems verfolgt, ohne dass eine vollständige Bewertung des Übereinkommens zwischen der EU und den USA und Kanada über ein solches System vorgenommen wurde, besonders, was seine Auswirkungen auf die Verringerung der Bedrohung und die Erhöhung der Sicherheit sowie auf die Privatsphäre und die bürgerlichen Freiheiten und Rechte anbelangt;

Or. en

Änderungsantrag von Sarah Ludford

Änderungsantrag 75
Ziffer 2 Buchstabe c (neu)

2c. ***äußert Sorge darüber, dass der Zugang von Strafverfolgungsbehörden und Europol zur Eurodac-Datenbank die Wirksamkeit des Haupteinsatzzwecks dieser Datenbank vermindern könnte;***

Or. en

Änderungsantrag von Mihael Brejc

Änderungsantrag 76
Ziffer 2 Buchstabe d (neu)

d) auf der Ebene der Europäischen Union eine Stelle oder eine Institution errichtet, die sich speziell mit dem Kampf gegen den Terrorismus befasst;

Or. sl

Änderungsantrag von Claudio Fava, Stavros Lambrinidis, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 77
Ziffer 3

3. ***fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, ihre Zweifel und Bedenken zu überwinden und die justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit auf EU-Ebene bei der Bekämpfung des Terrorismus zu verstärken; fordert, unverzüglich über die Wirksamkeit der derzeitigen (Streichung)*** Zusammenarbeit ***informiert zu werden sowie darüber,*** welche Ergebnisse das System der gegenseitigen Bewertung zwischen den Mitgliedstaaten und den Europäischen Institutionen erbracht hat;

Or. en

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 78
Ziffer 3

3. *betrifft nicht die deutsche Fassung*;

Or. it

Änderungsantrag von Claudio Fava, Stavros Lambrinidis, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 79
Ziffer 3 a (neu)

3a. betont die Notwendigkeit, die Koordinierung und die operationelle Rolle von Eurojust und Europol zu verstärken, die als wichtige Instrumente für eine echte

und wirksame Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung auf EU-Ebene anzusehen sind; betont gleichzeitig die Notwendigkeit, eine umfassende demokratische Kontrolle auf EU-Ebene zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag von Claudio Fava, Stavros Lambrinidis, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 80
Ziffer 3 b (neu)

3b. bekräftigt entschieden die Notwendigkeit, im Rahmen der dritten Säule einen Rahmenbeschluss zum Datenschutz anzunehmen, der für die EU-Bürger ein hohes Maß an Garantien gewährleistet, wie es derzeit auf EU-Ebene nicht gegeben ist;

Or. en

Änderungsantrag von Kathalijne Maria Buitenweg

Änderungsantrag 81
Ziffer 4 Spiegelstrich 1 a (neu)

– die Kommission, das Europäische Parlament darüber zu informieren, ob alle Rechtsakte zur Terrorismusbekämpfung in den Mitgliedstaaten umgesetzt wurden, und, falls dies nicht zutrifft, dem Parlament mitteilen, welche Länder mit der Umsetzung in Rückstand sind und aus welchen Gründen;

Or. en

Änderungsantrag von Kathalijne Maria Buitenweg

Änderungsantrag 82
Ziffer 4 Spiegelstrich 1 b (neu)

- die Kommission, eine umfassende Bewertung der Folgen der Antiterror-Gesetze durchzuführen, indem sie die Wirksamkeit der betreffenden Rechtsakte bemisst und die positiven und negativen Auswirkungen dieser Rechtsakte ermittelt, sowohl was den Sicherheitsaspekt als auch was die Bürgerrechte betrifft;

Or. en

Änderungsantrag von Kathalijne Maria Buitenweg

Änderungsantrag 83
Ziffer 4 Spiegelstrich 1 c (neu)

- ***die Kommission, das Europäische Parlament darüber zu informieren, ob alle Rechtsvorschriften, die die Rechte der Bürger beschneiden, diesen die Möglichkeit geben, ihre Daten zu berichtigen, die Fakten anzufechten und Beschwerden betreffend die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen einzureichen;***

Or. en

Änderungsantrag von Sylvia-Yvonne Kaufmann

Änderungsantrag 84
Ziffer 4 Spiegelstrich 1

– die Kommission, dem Europäischen Parlament bis zum Ende des Jahres die Antworten auf die Fragenkataloge über die Umsetzung der Rechtsvorschriften zur Bekämpfung des Terrorismus auf nationaler Ebene und ihre Auswirkungen auf die Grundrechte zu übermitteln, ***zusammen mit einer Bewertung und gegebenenfalls Vorschlägen, wie eine bessere Umsetzung und Nutzung der bereits bestehenden Rechtsvorschriften zur Terrorismusbekämpfung gewährleistet werden kann;***

Or. de

Änderungsantrag von Claudio Fava, Stavros Lambrinidis, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 85
Ziffer 4 Spiegelstrich 1

– die Kommission, dem Europäischen Parlament bis zum Ende des Jahres die Antworten auf die Fragenkataloge über die Umsetzung der Rechtsvorschriften zur Bekämpfung des Terrorismus auf nationaler Ebene***, besonders des Rahmenbeschlusses zum Terrorismus und zum Europäischen Haftbefehl*** und ihre Auswirkungen auf die Grundrechte zu übermitteln;

Or. en

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 86
Ziffer 4 Spiegelstrich 1

– die Kommission, dem Europäischen Parlament bis zum Ende des Jahres die Antworten auf die Fragenkataloge über die Umsetzung der Rechtsvorschriften zur Bekämpfung des Terrorismus auf nationaler Ebene und ihre Auswirkungen auf die Grundrechte ***sowie über eine eventuell unterschiedliche Anwendung in den Staaten der Europäischen Union*** zu übermitteln;

Or. it

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 87
Ziffer 4 Spiegelstrich 2

– *betrifft nicht die deutsche Fassung*

Or. it

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 88
Ziffer 4 Spiegelstrich 2 a (neu)

– ***den Rat, den Empfehlungen des Europäischen Parlaments zum Auslieferungsprogramm der CIA zu folgen;***

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 89
Ziffer 4 Spiegelstrich 2 b (neu)

– ***die Kommission und den Rat, die vom Europäischen Parlament wiederholt beantragte Untersuchung über Unternehmen durchzuführen, die von Drittstaaten (besonders den USA) gezwungen werden, ihre Kundendaten an die Behörden zu übermitteln;***

Or. en

Änderungsantrag von Claudio Fava, Stavros Lambrinidis, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 90
Ziffer 5

5. fordert Rat und Kommission auf, bei der Entwicklung eines echten Feedback-Mechanismus betreffend die ***Wirksamkeit*** der europäischen und einzelstaatlichen Maßnahmen in diesem Bereich zusammenzuarbeiten und in diesem Sinne neutrale Indikatoren für die Entwicklung der terroristischen Bedrohung der EU zu definieren (beispielsweise Zahl der Ermittlungs- und Gerichtsverfahren, Analyse möglicher regionaler Krisen, Beispiele für erfolgreiche bzw. missglückte Zusammenarbeit usw.), um dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten zumindest ein klareres Bild von ***der Wirksamkeit*** und möglichen Mängeln der in diesen Bereichen verfolgten Politik zu vermitteln;

Or. en

Änderungsantrag von Alexander Alvaro

Änderungsantrag 91
Ziffer 5 a (neu)

5a. schlägt vor, dass die Mitgliedstaaten ihre Ressourcen im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit konzentrieren und anstelle des bisher favorisierten technischen Ansatzes die Bedeutung persönlicher und personeller Zusammenarbeit hervorheben. Hierzu soll der Austausch nationaler Einsatzkräfte verstärkt gefördert werden und der Abbau von Hindernissen, z.B. diejenigen sprachlicher Natur etwa durch Sprachkurse, vorrangig betrieben werden. Darüber hinaus sind polizeiliche Schulungsmaßnahmen der europäischen demographischen Realität anzupassen, so dass z.B. Kenntnisse über den Islam und muslimische Gepflogenheiten zukünftig zum vermittelten Ausbildungsstoff gehören sollten,

Or. de

Änderungsantrag von Claudio Fava, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 92
Ziffer 5 a (neu)

5a. stellt fest, dass die Kommission neue Maßnahmen ergriffen hat, darunter besonders eine Änderung des Rahmenbeschlusses zum Terrorismus, und ein Vorschlag für ein PNR-System der EU; erklärt seine Bereitschaft, diese Maßnahmen aufmerksam zu prüfen und gibt erneut seiner Sorge über den Vorschlag für ein PNR-System der EU Ausdruck, besonders, was die Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit des vorgeschlagenen Datendurchsuchungssystems anbelangt, auf dem es offenbar basiert;

Or. en

Änderungsantrag von Ioannis Varvitsiotis

Änderungsantrag 93
Ziffer 5 a (neu)

5a. fordert die Kommission und den Rat auf, die bereits existierenden Instrumente zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten wie den europäischen Haftbefehl besser zu nutzen;

Or. el

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 94
Ziffer 5 a (neu)

5a. erinnert die Kommission an die Notwendigkeit, das politische Vorgehen an der Realität auszurichten und fordert die Kommission in diesem Sinne auf, dafür Sorge zu tragen, dass alle zukünftigen Vorschläge zur Terrorismusbekämpfung mit einer eingehenden Folgenabschätzung oder Bewertung einhergehen, die die Notwendigkeit und Nützlichkeit der geplanten Maßnahmen belegen:

Or. en

Änderungsantrag von Claudio Fava, Stavros Lambrinidis, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 95
Ziffer 5 b (neu)

5b. betont die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Drittstaaten bei der Prävention und Bekämpfung des Terrorismus und betont, dass die USA auf diesem Gebiet ein wichtiger Partner sind; vertritt die Ansicht, dass zwischen der EU und den USA im Rahmen eines internationalen Abkommens ein gemeinsamer rechtlicher Rahmen für die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit und den Schutz der Grundrechte, besonders persönlicher Daten vereinbart werden sollte, der eine ausreichende demokratische und parlamentarische Kontrolle auf nationaler und EU-Ebene sicherstellt;

Or. en

Änderungsantrag von Alexander Alvaro

Änderungsantrag 96
Ziffer 5 b (neu)

5b. ist besorgt über das reflexhafte Verhalten der Mitgliedstaaten in der Anti-Terror-Gesetzgebung, bei der vielfach dem Willen, ein politisches Signal zu senden, einer ernsthaften und gewissenhaften Auseinandersetzung mit den Grenzen des Machbaren und Sinnvollen der Vorrang gegeben wird. Hierunter fällt auch die zunehmend mangelhafte Berücksichtigung rechtsstaatlicher Prinzipien wie u.a. dem Verhältnismäßigkeitsprinzip und der Unschuldsvermutung. Ebenfalls erwartet das Europäische Parlament, dass die Innenminister der Mitgliedstaaten es zukünftig unterlassen in ihren Bevölkerungen durch unüberlegte und fahrlässige Behauptungen, z.B. dass Terroristen über nukleare Waffen verfügen könnten, eine Stimmung der Angst und Panik zu verbreiten;

Or. de

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 97
Ziffer 5

5. fordert Rat und Kommission auf, bei der Entwicklung eines echten Feedback-Mechanismus betreffend die Auswirkungen der europäischen und einzelstaatlichen Maßnahmen in diesem Bereich zusammenzuarbeiten und in diesem Sinne neutrale Indikatoren für die Entwicklung der terroristischen Bedrohung der EU zu definieren (beispielsweise Zahl der Ermittlungs- und Gerichtsverfahren, Analyse möglicher regionaler Krisen, Beispiele für erfolgreiche bzw. missglückte Zusammenarbeit usw.), um dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten zumindest ein

klareres Bild von den Auswirkungen und möglichen Mängeln ***bzw. den positiven Auswirkungen*** der in diesen Bereichen verfolgten Politik zu vermitteln;

Or. it

Änderungsantrag von Jeanine Hennis-Plasschaert, Alexander Alvaro, Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 98
Ziffer 7

entfällt

Or. en

Änderungsantrag von Agustín Díaz de Mera García Consuegra

Änderungsantrag 99
Ziffer 7

entfällt

Or. es

Änderungsantrag von Kathalijne Maria Buitenweg

Änderungsantrag 100
Ziffer 7

entfällt

Or. en

Änderungsantrag von Alexander Alvaro

Änderungsantrag 101
Ziffer 7

entfällt

Or. de

Änderungsantrag von Claudio Fava, Stavros Lambrinidis, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 102
Ziffer 7 a (neu)

7a. verweist auf die Notwendigkeit des Einvernehmens zwischen allen demokratischen Kräften bei der Bekämpfung des Terrorismus;

Or. en

Änderungsantrag von Mihael Brejc

Änderungsantrag 103
Ziffer 7 a (neu)

7a. fordert den Rat auf, das Amt eines Hohen Vertreters für den Kampf gegen den Terrorismus einzurichten;

Or. sl

Änderungsantrag von Mihael Brejc

Änderungsantrag 104
Ziffer 7 b Spiegelstrich 1 a (neu)

– ***die Voraussetzungen für die Gegenüberstellung aller verschiedenen Interpretationen und die Öffnung der Debatten, Foren und Websites für frei denkende Muslime zu schaffen,***

Or. sl

Änderungsantrag von Kathalijne Maria Buitenweg

Änderungsantrag 105
Ziffer 7 a (neu)

7a. hält es für wichtig, dass als Reaktion auf Terroranschläge die notwendigen,

wirksamen und verhältnismäßigen Instrumente zur Unterstützung der Bekämpfung des Terrorismus auf allen Ebenen geschaffen werden; hält es für ebenso wichtig, dass Rechtsstaatlichkeit, die Rechte der Bürger, die Verfahrensgarantien und rechtlichen Garantien der Verdächtigten und die demokratische Kontrolle und Prüfung aller auf europäischer Ebene wie auch in den Beziehungen zu Drittstaaten erlassenen einschlägigen Gesetze in allen ihren Aspekten zu schützen bzw. zu garantieren;

Or. en

Änderungsantrag von Kathalijne Maria Buitenweg

Änderungsantrag 106
Ziffer 7 b (neu)

7b. fordert nachdrücklich, dass die Kommission einen Vorschlag vorlegt, der darauf gerichtet ist, die parlamentarische Kontrolle der gemeinsamen und koordinierten geheimdienstlichen Aktivitäten auf EU-Ebene zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag von Mihael Brejc

Änderungsantrag 107
Ziffer 7 b (neu) Überschrift

hinsichtlich der „Wurzeln“ des Terrorismus:

Or. sl

Änderungsantrag von Mihael Brejc

Änderungsantrag 108
Ziffer 7 b (neu)

7b. fordert den Rat und die Kommission auf, einen Aktionsplan zur Verbreitung der Demokratie in der Welt aufzustellen und die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit den islamischen Staaten so zu verstärken, dass sie

Or. sl

Änderungsantrag von Mihael Brejc

Änderungsantrag 109
Ziffer 7 b Spiegelstrich 2 a (neu)

– ***demokratische Bewegungen mit Studentenaustausch und anderen Bildungsformen sowie der Finanzierung von Medienanstalten, die demokratische Gedanken verbreiten und terroristische Machenschaften und deren Unterstützer aufdecken, unterstützt,***

Or. sl

Änderungsantrag von Mihael Brejc

Änderungsantrag 110
Ziffer 7 b Spiegelstrich 3 a (neu)

– ***den Studentenaustausch und andere Bildungsformen fördert,***

Or. sl

Änderungsantrag von Mihael Brejc

Änderungsantrag 111
Ziffer 7 b Spiegelstrich 4 a (neu)

– ***Medienanstalten finanziert, die demokratische Gedanken verbreiten und terroristische Machenschaften und deren Unterstützer aufdecken;***

Or. sl

Änderungsantrag von Claudio Fava, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 112
Ziffer 7 b (neu)

7b. fordert die Kommission auf, Maßnahmen festzulegen, um den Schutz und die Unterstützung der Opfer des Terrorismus zu gewährleisten, auch durch Förderung des Austauschs bewährter Methoden und einheitlicher Garantien auf EU-Ebene;

Or. en

Änderungsantrag von Luciana Sbarbati

Änderungsantrag 113
Ziffer 7

7. ist daher besorgt über die Tatsache, dass der Solidaritätsmechanismus ***sowie die dafür vorgesehenen Haushaltsmittel***, auch wenn gewisse Fortschritte zu verzeichnen sind, offensichtlich immer noch nicht ***ausreichen***, um mit Naturkatastrophen fertig zu werden, wie etwa der Zerstörung ganzer Regionen durch Brände oder Überschwemmungen,

Or. it

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 114
Zwischenüberschrift nach Artikel 8

Zusammenarbeit mit Kommission und Rat

Or. en

Änderungsantrag von Claudio Fava, Stavros Lambrinidis, Javier Moreno Sánchez, Martine Roure, Jan Marinus Wiersma

Änderungsantrag 115
Ziffer 8

8. vertritt die Ansicht, dass das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente schon nach der Unterzeichnung der Verträge zur Änderung des EG- und EU-Vertrags ***eine gemeinsame Bewertung*** der europäischen Antiterror-Strategie ***vornehmen*** sollten, ***um eine*** neue Form eines „hochrangigen Dialogs“ in dieser Frage ***(Streichung) vorzubereiten und*** die Vertreter der ***Bürgerinnen und Bürger auf EU-Ebene und nationaler Ebene in diesen einzubinden***;

Or. en

Änderungsantrag von Sophia in 't Veld

Änderungsantrag 116
Ziffer 8 a (neu)

8a. vertritt angesichts der Tatsache, dass der Vertrag von Lissabon voraussichtlich im Jahr 2009 in Kraft treten wird und dass die EU-Institutionen schon 2008 die Voraussetzungen für sein Inkrafttreten schaffen sollten, die Ansicht, dass Vorschläge, für die künftig das Mitentscheidungsverfahren gilt und deren Behandlung nicht vor Inkrafttreten des neuen Vertrags abgeschlossen sein wird, wie Kodezisionsakte behandelt werden,

Or. en

Änderungsantrag von Kathalijne Maria Buitenweg

Änderungsantrag 117
Ziffer 8 a (neu)

8a. nimmt das neue Paket mit Vorschlägen für Rechtsakte zur Terrorismusbekämpfung zur Kenntnis, das den Rahmenbeschluss des Rates über die Verwendung der Flugpassagierdaten (PNR) für Strafverfolgungszwecke, die Richtlinie über Sprengstoffe und den Bewertungsbericht über die Durchführung des Rahmenbeschlusses zur Terrorismusbekämpfung umfasst; ist entschlossen, diese Vorschläge einer d tatsachengestützten kritischen Bewertung zu unterziehen;

Or. en

Änderungsantrag von Alexander Alvaro

Änderungsantrag 118
Ziffer 8 a (neu)

8a. ist davon überzeugt, dass der Anti-Terrorkoordinator der EU eine wesentliche Rolle in der gemeinschaftlichen Vorgehensweise haben soll und dass seine bestehenden Kompetenzen ihm nicht die hierfür notwendigen Handlungsspielräume eröffnen.

Or. de

Änderungsantrag von Alexander Alvaro

Änderungsantrag 119
Ziffer 8 b (neu)

8b. ***erwartet, dass in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament eine Strategie zur Anti-Terrorpolitik der EU entwickelt wird, die nicht nur einen ganzheitlichen Ansatz und roten Faden erkennen lässt, sondern vor allen Dingen eine Unterteilung in kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen vornimmt.***

Or. de